

1941

MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

MA - 12.6.

~~Hauptabteilung Information,~~
Unterabteilung Information

(A)

032 166
GP

Vertraulich EA

53/VI

13. 6. 1990

Ergebnisse der NATO-Ratstagung

Die Tagung am 7. und 8. Juni diente der Vorbereitung des für Anfang Juli geplanten NATO-Gipfeltreffens, auf dem erste Eckpunkte für eine neue, den veränderten Bedingungen entsprechende Strategie der NATO beschlossen werden sollen.

Im Mittelpunkt der Diskussion der Außenminister standen insbesondere die äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung sowie die Stärkung des politischen Charakters der NATO.

Den NATO-Außenministern ging es vor allem darum, positive Signale zu setzen und konstruktiv auf die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa zu reagieren sowie der Sowjetunion die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands annehmbar zu machen.

Zu Beginn der Tagung hatte NATO-Generalsekretär Manfred Wörner erklärt, es sei an der Zeit, eine neue Ordnung für ein ungeteiltes und freies Europa in Frieden zu schaffen. Die NATO sei bereit, mit allen Staaten in Europa von der Konfrontation zur Kooperation überzugehen.

Hinsichtlich des zukünftigen Status eines vereinten Deutschlands wurde erneut dessen Mitgliedschaft in der NATO als einzige Möglichkeit bezeichnet, die Stabilität in Europa zu gewährleisten. Anerkannt wurden jedoch die diesbezüglichen sowjetischen Besorgnisse.

US-Außenminister Baker informierte über das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen und die jüngsten Zusammenkünfte mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse. Baker hob hervor, daß Schewardnadse erstmals die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO nicht völlig ausgeschlossen habe.

Übereinstimmung bestand auf der Tagung darin, daß die berechtigten sowjetischen Sicherheitsinteressen im Verlaufe des Einigungsprozesses gewahrt werden sollen. Es wurde betont, daß die Sowjetunion die Über-

zeugung gewinnen soll, daß das künftige politische und sicherheitspolitische Umfeld in Europa ihre Besorgnisse über die Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO überflüssig macht.

Folgende Rahmenbedingungen für die Lösung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit wurden diskutiert:

- Entwicklung der NATO zu einem mehr politischen und weniger militärischen Bündnis; Schaffung eines neuen Verhältnisses zwischen NATO und Warschauer Vertrag; beide Bündnisse sollen gemeinsam zum Aufbau kooperativer Sicherheitsstrukturen beitragen.
- Die KSZE soll eine neue Qualität erhalten durch die Etablierung ständiger Institutionen, regelmäßige Konferenzen der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister, durch die Schaffung von Zentren für die Konfliktschlichtung bzw. die Verifikation und eines ständigen Sekretariats.
- Den Wiener Verhandlungen soll neuer Schwung verliehen werden. Der Abschluß eines ersten Abkommens bei den Wiener Verhandlungen sei gleichzeitig die Voraussetzung für das Stattfinden des geplanten KSZE-Gipfeltreffens. Diskutiert wurden auf der Außenministertagung auch Höchstgrenzen für die Truppenstärken in Mitteleuropa, also auch der Bundeswehr bzw. einer künftigen deutschen Armee.
- Anerkennung der polnischen Westgrenze.

Als weitere Rahmenbedingungen werden die Aufnahme von Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen unmittelbar nach einem ersten Abkommen bei den Wiener Verhandlungen, der Verzicht Deutschlands auf ABC-Waffen, die Nichtstationierung von NATO-Truppen auf dem Gebiet der heutigen DDR (wo die UdSSR für eine Übergangsperiode von 5 - 7 Jahren noch Truppen stationiert haben kann) sowie die ökonomische Unterstützung für die Sowjetunion angesehen.

Meinungsverschiedenheiten machten die Forderungen der britischen Premierministerin Thatcher deutlich, die sich für eine weitere Vornesta-

tionierung von Atomwaffen, die auf dem modernsten Stand zu halten seien, aussprach.

Am Rande der Konferenz hatten Vertreter der BRD-Delegation darauf verwiesen, daß die neuen luftgestützten taktischen Nuklearraketen nicht auf deutschem Boden stationiert werden dürfen.